

Kampagne „In Stadt, Land und Staat - kein Nazi in den Rat“



„Europas Rechtspopulisten auf dem Vormarsch“

Vortrag und Diskussion mit Carsten Hübner am 14. Mai 2014 Kulturhaus Lüdenscheid

Pressespiegel

LN lokal 10.05.2014

„Rechtspopulisten auf dem Vormarsch“

LÜDENSCHIED • Zum Thema „Europas Rechtspopulisten auf dem Vormarsch“ konnte die Kampagne „In Stadt, Land und Staat Kein Nazi in den Rat!“ für eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung

den freien Journalisten Carsten Hübner aus Berlin gewinnen. Er wird am Mittwoch, 14. Mai, ab 18 Uhr im Kulturhaus zu Gast sein. Die Veranstaltung findet im Violetten Saal statt. Die Kampagne „In

Stadt, Land und Staat Kein Nazi in den Rat!“ lädt alle Interessierten zum Austausch ein und würde sich über eine ähnlich hohe Beteiligung, wie bei der Protestaktion auf dem Sternplatz freuen.

Gegen rechtes Gedankengut

Lüdenscheid. „Europas Rechtspopulisten auf dem Vormarsch“: Zu diesem Thema konnte die Kampagne „In Stadt, Land und Staat kein Nazi in den Rat!“ für eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung den freien Journalisten Carsten Hübner aus Berlin gewinnen, der am heutigen Mittwoch ab 18 Uhr im Lüdenscheider Kulturhaus zu Gast sein wird. Die Kampagne möchte mit dieser Veranstaltung auf die argumentative Gegenwehr gegen rechtsextrêmes Gedankengut setzen. Diese Kombination aus Argumentation und Aktion, aus Aufklärung und Zivilcourage sehen die Initiatoren als Grundlage für eine breite und erfolgreiche Zusammenarbeit.

Der Bote 11.05.2014

Veranstungshinweis auf radio-mk.de

„In Stadt, Land und Staat Kein Nazi in den Rat!“

14.05.2014 - 18:00 Uhr



Umfragen zeigen, dass die extreme Rechte in vielen Ländern Europas auf dem Vormarsch ist. Auch in Deutschland konnte mit der „Alternative für Deutschland“ eine rechtspopulistische Partei bei der Bundestagswahl 2013 einen Achtungserfolg erzielen.

Und kommunal versucht wieder die NPD ihre politischen „Inhalte“ zu etablieren. Die Kampagne setzt nun, nach der erfolgreichen Aktion gegen eine NPD-Kundgebung am vergangenen Dienstag, mit dieser Veranstaltung auf die argumentative Gegenwehr gegen

rechtsextremes Gedankengut. Diese Kombination aus Argumentation und Aktion, aus Aufklärung und Zivilcourage sehen die Initiatoren als Grundlage für die breite und erfolgreiche Zusammenarbeit, die auch dazu beigetragen hat, dass mit dem Ge-Denk-Zellen-Verein und dem Verein „Wir hier!“ zwei weitere wichtige Lüdenscheider Initiativen sich angeschlossen.

Die Kampagne „In Stadt, Land und Staat Kein Nazi in den Rat!“ lädt alle Interessierten herzlich zum inhaltlichen Austausch ein und würde sich über eine ähnlich hohe Beteiligung, wie bei der Protestaktion freuen.

Freiherr-vom-Stein-Straße 9

Kulturhaus Lüdenscheid

Bernd Benschmidt

LN lokal 16.05.2014

„Stimmung besorgniserregend“

Journalist Carsten Hübner referiert über „Rechte in Europa auf dem Vormarsch“

Von Yasmin Alijah

LÜDENSCHIED • Was wollen Nationalsozialisten in Europa? Warum kandidieren sie? Und welche Ziele verfolgen diese Parteien im Europäischen Parlament? Zu einer Vortragsveranstaltung hatten Bernd Benschmidt und Martin Sander von der Kampagne „In Stadt, Land und Staat kein Nazi in den Rat“ ins Kulturhaus eingeladen. Mit dem freien Journalisten Carsten Hübner aus Berlin war ein Referent zu Gast, der sich seit 20 Jahren auf diese Thematik spezialisiert hat.



Carsten Hübner aus Berlin referierte im Kulturhaus.

Vor interessierter Zuhörerschaft gab er einen Überblick über den Aufschwung rechtsextremer Parteien im europäischen Kontext und beleuchtete dabei Hintergründe, Ursachen und Ziele. Es folgte eine angeregte Diskussion.

2014 findet die achte Europawahl statt, bei der das Europäische Parlament direkt und für fünf Jahre gewählt wird. Es werden insgesamt 751 Abgeordnete gewählt, aus Deutschland werden es 96 sein. Für einen Sitz im Par-



lament ist nur ein Prozent der Stimmen erforderlich, denn die Fünf-Prozent-Hürde ist seit 2009 in Deutschland abgeschafft. Dies bildet den hoffnungsvollen Rahmen für deutsche Rechtsparteien, ins europäische Parlament einzuziehen zu können. Warum das für sie besonders wichtig

ist? „Die NPD steht wirtschaftlich kurz vor dem Aus“, so Hübner. Ein einzelner Abgeordneter bekommt für die Ausübung seines Mandats 7956,87 Euro plus Erstattung der Hotel- und Reisekosten zu den Sitzungen Straßburg und Brüssel. Weiter erhält er 21 209 Euro monatlich an Personalmitteln. Mit den Mandaten steigen die Summen. „Für NPD und AfD ist der Wegfall der Sperrklausel ein Glücksfall, ihr Einzug ins Parlament gilt als wahrscheinlich“, so Hübner. Sie werden versuchen, ihre Chance zu nutzen. Abhängen wird dies vor allem von der Wahlbeteiligung deutscher Bürger insgesamt. Doch werden sie im Parlament aller Voraussicht nach fraktionslos bleiben, so Hübners Einschätzung.

Seit 1979 seien Rechtsparteien im Europaparlament vertreten, ihr Anteil sei kontinuierlich gestiegen. Traditionell stark vertreten seien Italien, Frankreich, Belgien und Österreich. Was sie wollen? Hübner sagte es so: „Sie verfolgen keine Europastrategie,

sondern die Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners“. Ihre Zielsetzung: Verbesserung der Basis nationaler Politik. Zusammenschlüsse blieben latent instabil, seien aber finanziell attraktiv. Die Rechtsfraktion „Europa der Freiheit und Demokratie“ EFD verfügte im Jahr 2012 über mehr als 2,5 Millionen Euro an Zuwendungen. Dazu symbolisierten Vernetzungen europaweite Unterstützung durch Gleichgesinnte. „Rechte müssen Europapolitik machen, um in der Heimat ernstgenommen zu werden“. Dies werte die öffentliche Wahrnehmung auf. Und: Nicht Arme wählen rechts, sondern jene Mittelständische, die um ihr Geld bangen, für andere nicht aufkommen wollen und deshalb keine Asylanten im Land wünschen. Es herrsche eine besorgniserregende Stimmung in den Ländern, so Hübner. Deshalb sei es wichtig, dem rechten Vormarsch entgegenzutreten und nicht zuzulassen, dass rechtsradikale Vorbilder unsere Jugend in den Vereinen prägen.